

Annonce:
Annahme-Büros:
1. Börsen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wochenzahl 16.)
bei C. H. Ullrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Sitzmann,
in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Mr. 293.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 45 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 27. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Extra 20 Pf. die beschworene Zeile oder sezen Raum. Reklamen verhältnismäßig höher. Anfan die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr nachmittags ankommen.

Annonce:
Annahme-Büros:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Danke & Co., —
Haasenstein & Vogler, —
Ludolph Woste, —
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank.“

1876.

Vom Landtage.

42. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 26. April, 11 Uhr. Am Ministertische Camphausen, Graf zu Eulenburg, Falz, Achenbach, Friedenthal, Ministerial-Direktor Weishaupt u. A. Fürst Bismarck, dem der Präsident des Reichseisenbahnamtes Maybach assistirt, erscheint nach 1 Uhr gegen Schluß der Rede Richters. Die Tribünen sind überfüllt.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Übertragung der Eigentumsmasse und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich. Es melden sich 16 Redner zum Wort, 7 für die Vorlage: Hammacher, v. Sybel, v. Wedell (Malchow), Graf Bethmann-Haus, Laster, Jung und Miguel; 9 gegen die Vorlage: Richter (Hagen), Berger, Reichenberger, Haenel, Birchow, Windhorst (Meppen), v. Schorlemmer-Alst, Biesenbach und Kalle.

Abg. Richter (Hagen): Bei einer ersten oberflächlichen Betrachtung könnte die Vorlage durchaus unverfänglich erscheinen. Was, könnte man fragen, wird durch dieselbe denn groß verändert? Die preußischen Staatsbahnen geben an das Reich über, König Wilhelm regiert dort wie hier, Fürst Bismarck steht dort wie hier an der Spitze der Geschäfte: die Majorität der Reichstagsabgeordneten sind Preußen und viele von uns brauchen nur von hier nach der Leipzigerstraße Nr. 4 zu gehen, um denselben Einfluß auf die preußischen Bahnen zu gewinnen, den wir hier aufgeben sollen. Faßt man aber die Frage nur etwas schärfer in's Auge, so wird es klar, daß keine so inhaltsschwere Frage seit dem Jahre 1866 an das preußische Abgeordnetenhaus herangetreten ist. (Sehr wahr!) Wenn die preußischen Bahnen für sich allein auf das Reich übergehen, so erlangt das Reich nur in einem Staat des Reiches einen Besitz und Einfluß. Preußen allerdings wird fester an das Reich gefestet, desto mehr aber werden die Bände der Einheit den anderen Staaten gegenüber innerhalb des Reiches gelockert. (Sehr wahr!) Das Verkehrsgebiet der kleinen Nachbarstaaten Preußens, wie Anhalt, Waldeck, Lippe u. A. und ihr Interesse, welches sie an den preußischen Bahnen haben, ist ein so verschwindendes im Verhältnis zum ganzen Reich, daß man sich dort gewiß wundern wird, dieses als Hauptmotiv für die Vorlage anzuführen zu sehen. Man glaubte auch eine Koncession den übrigen Bundesstaaten zu machen, wenn man ihnen in dieser Form einen Einfluß auf die preußischen Bahnen einräumt, welche auch im Besitz Preußens einen mächtigen Einfluß auf die Bahnen der übrigen Bundesstaaten ausüben. Preußen ist die Macht im Reiche von fast bestimmendem Einfluß für die Reichsangelegenheiten und man weigert sich daher mit Recht in Bayern und Württemberg sieben Achtel des Einflusses auf die eigenen Staatsbahnen an das Reich abzutreten, und dafür ein Achtel des Einflusses auf die preußischen Bahnen einzutauschen. An jeder Eisenbahn besteht ein einheitliches Interesse Deutschlands, aber daneben ein lokales, nachbarliches der von der betreffenden Bahn unmittelbar durchschrittenen Verkehrsgebiete. Was würden nun diese Staaten verlieren, wenn es wahr ist, daß Preußen, auch wenn es seine Bahnen behält, nur deutsche Interessen bei der Verwaltung maßgebend sein lassen kann. Naturgemäß wird aber auch Preußen die speziellen preußischen Verkehrsinteressen berücksichtigen müssen. Stützt sich aber das Interesse des preußischen Verkehrsgebietes auf den Kredit des Reiches, so entsteht ein Mißbehagen, daß wir bereits bei den Elsaß-Lothringen Bahnen empfunden haben. Damals erschollen lebhafte in der Budgetkommission des Reichstages die Klagen aus Baden, daß die reichsländischen Bahnen den badischen Konkurrenz machen, gestützt auf das Finanzwesen und den Kredit des Reichs, welcher ein Partikularstaat nicht gewachsen sei. Dabei ist Elsaß-Lothringen der am wenigsten einflussreiche Partikularstaat des Reiches, während Preußen die Macht ist. Werden nun höchstens preußische Staatsbahnen aus Reichsmitteln gebaut, so wird sich der Vorwurf erheben, besondere preußische Interessen würden gepflegt durch die Mittel des Reiches. (Sehr wahr! links), zumal wenn Reichsanleihen in Konkurrenz treten mit den Anleihen der Partikularstaaten. Die Sache ist noch müßig bei dem finanziellen Zustande der preußischen Bahnen, von denen ein Drittel im Bau begriffen ist. Denn Minister Achenbach hat erst angefangen, unwirtschaftliche Bahnen zu bauen, als die übrigen Gründer bereits ausgeholt hatten. (Heiterkeit) Was die preußischen Staatsbahnen werth sind, ist gar nicht zu sagen. Wir werden dem Reich gewiß keine großen Forderungen stellen, etwa eine dem marktgängigen Zinsfuß des Anlagekapitals entsprechende Rente verlangen. Aber man mag die Rente so müßig stellen, wie man will, immer wird im Reiche der Verdacht nahe liegen, daß die Macht Preußen zu Ungunsten der Anderen spezifisch preußische Interessen pflegt. — Mit der Übertragung der preußischen Staatsbahnen verzichten wir auf eine wirkliche Aufsicht auf die Bahnen anderer Staaten und doch handelt es sich für das Reich nicht wie bisher in Preußen um die konkurrierenden Interessen einzelner Linien derselben Verkehrsgebiete, sondern die Konkurrenz deutscher Verkehrsgebiete mit einander. Soweit sie in unsern parlamentarischen Verhandlungen vorliegen, immer ist die Klage lebendig, daß die Vereinigung der Verwaltung von Staats- und Privatbahnen die größten Unzulänglichkeiten zur Folge hat. Deren Beseitigung erachteten 1869 gelegentlich der Diskussion über die Ministerverantwortlichkeit Zwecken und Unruh als einen Hauptvorteil der Stiftung eines Verkehrsministeriums. Die Berichte der Eisenbahnuntersuchungskommission, die Resolutionen dieses Hauses sind voll von solchen Klagen, die noch im Juli vorigen Jahres Präsident Maybach in der Delegirtenkonferenz wiederholte. Ohne den Besitz eigener Bahnen soll das Reich eine wirkliche Aufsicht führen können? Das Selbstbewußtsein des Reichseisenbahnamtes hat diesen Mangel bisher nicht beeinträchtigt. (Hört! Hört!) Und dann, mit der besten Erkenntniß geht die Unzulänglichkeit verloren. (Heiterkeit) Mit dem Verluste der Unparteilichkeit aber gewinnen auch noch andere, als nur Eisenbahnhinteressen die Oberhand. Die Elsaß-Lothringische Bahn gerade war diejenige, die noch einige Wochen früher als die anderen Verwaltungen die Tarif erhöhung einführte nicht nur in Bezug auf die Güter-, sondern auch auf die Personentarife. Der Phylax des Reichs fraß zuerst aus dem gemeinsamen Korb, den er bewachten sollte. (Heiterkeit) In Preußen beeinflußt der Finanzminister die Verwaltung, glauben Sie etwa, daß im Reiche der Kriegsminister nicht viel gefährlicher ist? Ist doch fast die ganze Reichsfinanzverwaltung nur für seine Bedürfnisse. Wir begegnen dem Merkmal einer Umkehr in der ganzen Eisenbahnpolitik des Reichs, einer Verwirrung und Verschlechterung des bisherigen Zustandes! (Oho!) so daß ganz unzählbare Zustände entstehen. (Widerspruch) Aber das wollen Sie ja auch gar nicht, daß nur die preußischen Bahnen auf das Reich übergehen — sie können nicht allein übergehen. (Sehr wahr!) Es mag eine ganz richtige Taktik sein, die Sache so darzustellen, als handle es sich nur um untergeordnete, wenige bedenkliche Sachen. Aber es ist nur der erste Schritt, der Überwindung kostet, das Ende ist nichts Anderes,

als der Übergang sämtlicher deutschen Eisenbahnen auf das Reich. (Sehr wahr!) Nach den Motiven zwar will man sich mit nur einer Linie in jeder Verkehrsrichtung begnügen, aber wer alle Etappenstraßen besitzt, befreit das ganze Land. Die übrigen Bahnen, die sich dann künftig fristen, treten in die Stellung eines Agenten zu seinem Geschäftshause. Die Wandlung in der Eisenbahnpolitik hat sich vorzubereiten angefangen, seitdem Präsident Maybach an die Spitze des Reichseisenbahnamtes trat. Bis dahin handelte es sich mir darum, dem Reiche eine wirkliche Aufsicht zu geben, wo partikularistische Interessen, die nicht Eisenbahnhinteressen sind, diese freuen, und dazu hätten wir wahrscheinlich überall mitgearbeitet. Präsident Maybach scheint seine Aufgabe ähnlich zu fassen, wie der Leiter einer Staatsbahn, er will — das ist der Kernpunkt der neuen Politik — das Reich soll leiten, verwalten, die Eisenbahndirektionen sollen zu ihm in das Verhältnis von Oberkontrolleuren treten, nicht der naturgemäßen, eigenartigen Entwicklung aus sich heraus soll das Eisenbahnmessen in Deutschland überlassen werden, nein, die ganze Initiative soll abhängig werden vom Reichseisenbahnamte. Eine solche Steigerung des Einflusses kann nun erwartet werden, um einem Reformator die Mittel zu gewähren, seinen neuen Ideen um so rascheren Eingang zu verschaffen. Wenn aber dieser höhere Einfluß Selbstzweck ist, wenn man glaubt, daß schon die Konzentration des Einflusses diese Vortheile schafft, dann kann man mit solchen Annahmen ebenso nahe, wie einem Reformator, einem Bureaukraten stehen. (Hört! Hört!) Der Präsident Scheele hat im Jahre 1874 einen Eisenbahngelehrtenwurf veröffentlicht, der ja in der That neue Ideen enthält; aber auch den besten Freunden des Entwurfs schien diese Ideen in einer Form hervorzutreten, welche nicht reif für die Arbeiten der Gesetzgebung war. Man beginnt auch den Fehler, die Reform der Eisenbahngelehrtenwurf an allen Punkten zugleich zu beginnen. Der Entwurf dagegen, der im Jahre 1875 vorberaten ist, enthält überhaupt keine neue Idee über ein materielles Eisenbahnberecht, sondern nur das Verlangen von Vollmachten zur Befugnisverleihung für das Reichseisenbahnamt und die Reichsbehörden. Das Reichsverwaltung soll die Vollmacht erhalten, Normativbestimmungen zu erlassen über die Erteilung von Konzessionen, über den Bau und die Ausführung der Bahnen, über die Vergütung beim Bahntransport, über die Fahrpläne, über die einheitliche Benutzung des Wagenparks, Normativbestimmungen über die Dotierung der Reserve- und Erneuerungsfonds, über Anstellung der Beamten, über die Bestätigung und Absetzung der Eisenbahndirektoren durch das Reich. Mich hat bei der Lesung des Entwurfs das eine gewundert, warum man die Sache in so viele Paragraphen verteilt, warum nicht einfach ausspricht: Das Reichseisenbahnamt verwaltet und regelt das deutsche Eisenbahnmessen. (Sehr wahr!) Nun hat man gesagt, die Aufnahme, die dieser Entwurf in der Delegirtenkonferenz der Staaten im Juni v. J. fand, beweise die Unmöglichkeit des Zustandekommens eines Reichseisenbahngesetzes in Deutschland. Nähres wird nicht berichtet; aber nach den Mitteilungen aus dem literarischen Bureau des Staatsministeriums haben wir in der heutigen Sitzung die Darlegung über den Verlauf dieser Delegirtenkonferenz zu erwarten. Ich war darum dem Postboten sehr dankbar, der mir das notwendige Material über diese Delegirtenkonferenz einige Zeit vorher überbrachte. (Heiterkeit) infosfern ich damit einen selbstständigen Maßstab zur Beurtheilung dessen gewann, was in der Konferenz vorgebracht ist. Zu diesen Konferenzen waren die Vertreter derjenigen Staaten eingeladen, die überhaupt an den Eisenbahnen ein finanzielles Interesse haben, also alle Mittelstaaten, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, ferner Thüringen, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg, und ich weiß nicht, weshalb man die Vertreter anderer Staaten, wie Braunschweig und Mecklenburg, fortließ. Ich bin übrigens weit entfernt, mich irgendwie mit dem Standpunkte dieser Regierungen zu identifizieren. Das Reichseisenbahngesetz hat in seinen Grundlagen einen einmütigen Widerstand aller Regierungen gefunden mit Ausnahme der drei Hauptstädte, die selbst an dem Eisenbahnenkomplex nicht beteiligt sind. Alle diese Regierungen haben sich von vornherein bereit erklärt, zum Zustandekommen eines Reichseisenbahngesetzes mitzuwirken; es ist dies von dem sächsischen Vertreter auch betont worden, während andererseits der badische Vertreter am schärfsten gegenüber dem Reichseisenbahngesetz stand. Opposition nahm, indem er mit nackten Worten sagte: Dieser Entwurf greift die Lebensfähigkeit, die Existenzfähigkeit des badischen Staates an. Man war verschiedener Meinung darüber, ob dem Reiche eine unmittelbare oder mittelbare Aufsicht gegeben werden sollte. Man einigte sich dahin, daß man die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs durchberaten wolle, die nur im Wege des Gesetzes zur Geltung gebracht werden können. Es waren äußerst technisch sachliche Verhandlungen gewesen, die sich durch fünf Sitzungen hinzogen. Am Schlusse der vorletzten Sitzung erklärte allerdings der Präsident Maybach sein Bedauern über das wesentlich negative Resultat der Verhandlungen, welche Anschauungsweise die Kommissarien von Sachsen, Württemberg und Baden nicht theilten. Der Präsident erklärte, daß er höhere Orts über das Resultat der Beratungen Vortrag halten und dann in der Schlusssitzung sich mit den Kommissarien verständigen werde. Diese Schlusssitzung, welche wohl nach einem Vortrage höhere Orts stattfand, zeigte einen Umschwung in der Meinung des Präsidenten Maybach, welcher auch von verschiedenen Delegirten konstatiert wurde. — Präsident Maybach sprach sogar die Hoffnung aus, daß man für eine etwaige Frühjahrssession das Gesetz zur Vorlage bringen werde. (Hört! Hört!) Es kommt mir hierbei darauf an, die falschen Darstellungen der offiziösen preußischen Presse zu widerlegen. In der Konferenz erschienen sämtliche Delegirten auf dem Standpunkte des Reichseisenbahnamtes stehend und namentlich war die württembergische Erklärung, in dieser Beziehung bemerkenswert. Fast alle Delegirten wünschten ein Reichseisenbahngesetz mit erweiterten Befugnissen für das Reich und Präsident Maybach war damit einverstanden. Nun, etweder müssen Sie annehmen, daß diese Eisenbahngesetzte inn. des Hrn. Präs. Maybach es verstanden haben, den Grundsatz, daß die Sprache erfunden ist, um die Gedanken zu verborgen, noch entschiedener zum Ausdruck gebracht haben, als jemals eine Diplomatenkonvention, und ich weiß dann überhaupt nicht, welchen Werth man auf solche Konferenzen legen will, oder man muß annehmen, daß die Sache durchaus nicht so schlimm steht, daß die Ausicht nicht abgeschnitten war, zu einer gemeinschaftlichen Basis in der deutschen Eisenbahngelehrtenwurf auf anderem Wege zu kommen. Ich behaupte, ein Eisenbahngelehrtenwurf zu Stande zu bringen, das nur die wirkliche Aufsicht, nicht die Leitung für das Reich beansprucht, ist überhaupt ernstlich so recht noch niemals verucht worden. Ich verfolge nun seit drei Jahren die Sache sehr genau, da das Reichseisenbahnamt die Güte gehabt hat, mich fortlaufend in Kenntnis von den Schriftstücken zu setzen. Der Herr Präsident sagt an einer anderen Stelle: „Wir sind in Deutschland gewohnt, daß wir große und schwierige Gegenstände mit Geduld zu Ende führen, wenn es auch lange währt.“ Ist denn der ganze Weg etwa in unserem Bivilrecht,

in der ganzen Reichsjustizgesetzgebung ein weniger mühseliger, verliest nicht auch eine Reihe von Jahren, ehe wir vor dem Abschluß der Arbeit stehen. Wir haben fast gar keine Vorbilder für eine Reichseisenbahngelehrtenwurf. Ich glaube, der Hauptgrund dafür, daß wir nicht vom Flecke kommen, liegt darin, daß das Ziel von vornherein zu weit gestellt worden ist. Es ist in der That richtig, die dringlichsten Sachen müssen vorangestellt werden, das Weitere wird von selbst erfolgen. Wir haben in Bezug auf die Reichseisenbahngelehrtenwurf in einzelnen Punkten schon Normen gefunden, die zur Befriedigung der Regierung ausgewichen sind, ich erinnere nur an das Kriegsleistungsgesetz für Eisenbahnen, an die Regelung der Post, warum sollte es nicht möglich sein, einige dringende Punkte zu regeln? Indes, es scheint, man hält an diesem Standpunkte einmal stark fest, das Reich soll nicht nur die wirkliche Aufsicht, es soll die eigentliche Leitung, es soll die oberste Verwaltung des Eisenbahnmessens in Deutschland haben. Dieser Entwurf ist nicht ein Gegensatz zu dem letzten Entwurf des Reichseisenbahngesetzes, es ist eine Vorlage, die auf demselben Boden steht der obersten Leitung des Eisenbahnmessens durch das Reich, wie der Reichseisenbahngesetz vom vorigen Jahre, ja es ist eine einfache Konsequenz desselben. Ich leugne nicht, daß ein solcher Plan, dem Reiche die gesamte Leitung des Eisenbahnmessens zu geben, gewissen günstigen Strömungen im Volke begegnet; ich übersehe gewiß nicht die Wirkung der offiziösen Presse; allerdings mußte man nach der Darstellung derselben, als ob hier in Berlin, wenn sich zwei Bekannte auf der Straße begegneten und sich gegenseitig die Hand drückten, ihre Freude fundgaben, welchen glücklichen wunderbaren Gedanken man gebaut habe, jetzt die Leitung des Reichseisenbahnmessens auf das Reich zu übertragen. Gerade hier ist man fühlb. bis ans Herz hinan gewesen, man interessirt sich in weiteren Kreisen weit weniger für die Sache, weil man die Bedeutung der Frage nicht versteht; es begegnen sich aber zwei günstige Strömungen. Wir sind in einer Periode wirtschaftlicher Befreiung, das Privatkapital, der Unternehmungsgeist hat Einbuße erlitten; in einer solchen Zeit ist man geneigt, dem Staate eine größere Bewormung der wirtschaftlichen Verhältnisse einzuräumen, man über sieht, wie man noch vor Kurzem über die Störungen und Einwirkungen der Bürokratie in wirtschaftlichen Dingen geklagt hat; — in dem Maße, wie alle Altien, alle Courte finnen, steigt gewissermaßen der Cours des Geheimen Rates, und nun gar, wenn dieser Rat ein Reichsgeheimrat ist. (Heiterkeit) Das Sehnen des Volkes nach der Herstellung des deutschen Reiches ist erfüllt; wir haben gesehen, daß auf militärischem Gebiete die geeinte Volkskraft des deutschen Reiches Großes geleistet hat. Gedankenlose Menschen sind nun geneigt, diese Erfolge auch auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen, während nichts weiter ähnlich ist, als daß in beiden Fällen über 400.000 Mann kommandiert worden ist. Dort handelt es sich darum, eine Macht stetig zu einem einheitlichen Zweck vorzubereiten und in Bewegung zu setzen; bei der Eisenbahnverwaltung handelt es sich darum, den manabaren, verschiedenartigen, mit einander konkurrierenden Bedürfnissen in den verschiedenen Theilen Deutschlands in organischer Weise gebracht zu werden. Ja, der Verstand einer gewissen Schwärme für Reichsverwaltung kann oft etwas Kühlendes annehmen. Als die deutschen Elementarlehrer unlängst in Breslau versammelt waren, da waren sie über Vieles uneinig, aber darüber waren sie einig, daß alle Not, aller Kummer, aller Ärger in den Schulen ein Ende haben würde, wenn erst die Unterhaltung des Elementarschulwesens auf das Reichsbudget übergehen würde. (Heiterkeit) So günstig diese Strömungen für ein derartiges Projekt sind, so würden sie doch nicht ausreichen, ihm diese Bedeutung zu verleihen, wenn nicht die gewaltige Größe Persönlichkeit des Herrn Reichskanzlers hinzukäme, der diese Strömungen für sein Projekt nutzbar macht. Im Herrenhaus hat Rittermeister Graf Udo zu Stolberg mit Recht bemerkt, daß er eigentlich derjenige gewesen, der das Reichseisenbahngesetz zuerst öffentlich empfohlen, und zwar geschah dies im Mai v. J. Er hat mit demselben Recht weiter bemerkt, daß, als er diesen Ausspruch gethan, kein Mensch darauf geachtet (Heiterkeit), seine Idee keinen Anhang gefunden habe in Deutschland. Es gibt eine große Anzahl von Leuten, die blos schon in dem Umstande, daß der Reichskanzler ein Projekt für richtig hält und dessen Ausführung in die Hand nimmt, die Wichtigkeit und den Erfolg erblicken, und von denen manche in der Furcht, sich doch später unfreiwillig unterwerfen zu müssen, lieber das Geforderte gleich freiwillig entgegenbringen. Das sind die Strömungen, die auch in anderen Beziehungen scheinen wie die Autorität des Reichskanzlers einwirken auf die leitenden Staatsmänner; so sehen wir, wie das Eisenbahnprogramm des Ministers Achenbach auch unter der Einwirkung des neuen Plans in einen Fluß gerathen ist, den er vielleicht selbst gar nicht bemerkt, der ihm aber bereits vollständig andere Ziele untergeht hat. Nicht, daß ich der programmatischen Darlegung des Herrn Ministers Achenbach eine zu übertriebene Gewähr jemals beigelegt hätte! Ich habe immer die große Geschicklichkeit des Herrn Ministers bewundert, mit der er es versteht, durch seine Darlegungen jeder Seite des Hauses etwas Angenehmes zu sagen; aber wenn man nach Hause kommt und die Dinge schwär auf weiß sieht, so findet man, daß man eigentlich etwas Festes, Greifbares gar nicht in die Hand bekommen hat. In diesem Falle zweiste ich doch, ob es dem Herrn Minister Achenbach leichter werden wird, die Konsequenz seines Programms aufrecht zu erhalten, als es gewissen deutschen Bischöfen leicht geworden ist, die Einheit ihrer Glaubenslehrer vor oder nach dem Papstamt zu bewahren. Der Herr Minister sagt noch am 4. Februar 1875, also vor etwa einem Jahr hier: „Die Stimmen, die geradezu verlangen, der Staat möge die Privateisenbahnen insgesamt übernehmen und so ein einheitliches Verkehrswein in seine Hände konzentrieren. Ich stehe auf diesem Standpunkt nicht; ich werde diesen Stimmen im Allgemeinen nicht zu folgen bereit sein; ich habe diesen Standpunkt hinglich ausgesprochen und werde auch an demselben festhalten.“ (Hört! Hört! Heiterkeit) Gegenüber der Stellung des Reichskanzlers in dieser Frage ist der Standpunkt meiner politischen Freunde von vornherein ein sehr ungünstiger. Es ist ja wahr, wir haben mit dem Reichskanzler manchen heftigen Strauß bestanden in Fragen des inneren Verfassungsrechts; wird nun mit ihm sehr verschiedener Meinung über die Mittel und Wege gewesen, die in der deutschen Politik einzuschlagen sind, aber wir haben uns immer noch am nächsten mit ihm zusammengefunden im Punkte des einheitlichen deutschen Programms; ja, wir können behaupten, daß die älteren Begründer unserer Partei für dieses einheitliche deutsche Programm schon gekämpft und gelitten haben zu einer Zeit, als beim Reichskanzler die Überzeugung von der Notwendigkeit einer solchen Einheit noch nicht vollständig zum Durchbruch gekommen war. (Sehr richtig!) Aus unsern Traditionen nehmen wir die Kraft und den Beruf her, um auch dem Reichskanzler entgegenzutreten, wenn er in diesem Programm über das Ziel hinausgeht, wenn er eine Zentralisierung erstrebt, die wir für Deutschland für schädlich erachten (Beifall). Wenn man uns deshalb vielleicht als Particularisten bezeichnet, so muß ich von vornherein

sagen, ich möchte solche Stimmen nicht höher achten, als etwa diejenigen Stimmen, die etwa unseren Freunden vorwerfen, daß sie aus Interesse für Börsenpapiere und dergleichen Freunde des Entwurfs seien; ich denke, wir verschonen uns von vornherein gegenseitig mit derartigen außerhalb der Sache liegenden Vorwürfen, die ganz und gar unserer unwürdig sind. Der Reichskanzler sagte einmal, man solle sich in einem germanischen Staate nicht fragen, was kann gemeinsam sein? inwieweit kann der große Mund des Gemeinwohls hineinbeissen in den Apfel, sondern was muß gemeinsam sein? Ich stehe nicht ganz auf diesem Standpunkt. Ich theile der großen Gemeinschaft auch das zu, was nur zweckmäßiger von ihr verlangt wird. Dafür, daß durch diese Frage entschieden wird, ob Einheitsstaat oder Bundesstaat, habe ich kein Verständnis, ebenso wenig dafür, wenn der badische Vertreter sagt, die Existenzfähigkeit des badischen Staates werde durch diesen Gesetzentwurf angegriffen. Die Staaten sind niemals Selbststoss, sie sind Mittel zum Zweck, und wenn wir überall entschieden haben werden, was gemeinsamen großen, was engeren Verbänden zur Pflege zu übertragen ist, dann halte ich die Frage, ob der engere Verband mehr eine kommunale Organisation, oder ob er das enthält, was man zum Apparat eines Staates nothwendig erachtet: Zweikammerystem, besondere Dynastie u. s. w., für untergeordnet, sie interessiert nur die Dynastie, die Höfe. (Sehr richtig!) Es können nicht alle Zweige der öffentlichen Tätigkeit vom Reiche geordnet werden, darin sind wir doch alle einstimmig? z. B. nicht das Elementarischste. Wir sind eben dazu, das Verkehrssehen in Preußen zu dezentralisieren. Der Herr Ministerpräsident ist es mit gewesen, der damals diese Bewegung einleitete, der da sagte: Was ist das für ein Zustand in Preußen, daß über die Reparatur jeder Brücke vom Ministerium entschieden wird. Hier handelt es sich freilich um Eisenbahnbürokratie. (Heiterkeit!) Die Frage ist eine Zweckmäßigkeitssfrage der Zentralisation, die aber in ihrer Bedeutung über alle Fragen hinausgeht. Denn es handelt sich darum, auf den Staat zu zentralistisch, auf das Reich was dem Staate gehörte, es handelt sich um eine Zentralisation, für die es noch kein Beispiel in Europa gibt. (Sehr wahr!) Ich leugne, daß in andern Staaten die Strömung dahin geht, nach den französischen Konzessionsurkunden verfällt allerdings in 90 Jahren die Eisenbahn dem Staate, warten wir doch aber ab, bis wir diejenigen Endpunkte nahe kommen. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, man wird die Konzessionsurkunden ändern, um den Verfall der Bahnen an den Staat zu verhindern. Man beruft sich auf die Italiener. Die Italiener würden wohl besser thun sich auf die Autorität des deutschen Reichskanzlers zu befreien als umgekehrt. (Heiterkeit.) In Italien handelt es sich um einen Komplex, welcher ein Viertel von der Größe Deutschlands umfaßt, Italien ist rings von großen Wasserstraßen umgeben, dort waren die Bahnen in dem Besitz der Ausländer und vorläufig ist das Ministerium gestürzt, welches diesen Plan ausführen sollte. (Heiterkeit) Überall sind solche Gedanken aufgetaucht, aber nirgends ist eine praktische Zentralisierung verwirklicht worden. Wenn ich die Stimme des Auslandes höre, so habe ich den Eindruck, als ob man sich dort freut, daß Deutschland das kostspielige Experiment mache, daß man aber selbst nichts von dem Risiko zu tragen habe. (Sehr gut!) Diese Frage ist eine eminent politische. Uns liegt allen die Stärke und Macht des Reiches am Herzen, aber nicht jeder Machtzuwachs ist eine Stärkung des Reiches. (Sehr richtig!) Wenn man dem Reiche eine Verantwortlichkeit aufbürdet, die es nicht tragen kann, wenn die Hoffnungen, die sich an diese Reichseisenbahnen knüpfen, sich nicht verwirklichen, so hat das Reich einen Schaden erlitten. (Sehr wahr!) So sind die anderen Einheitsbestrebungen, welche außerhalb dieses Projektes liegen, zurückgeschlagen und unsere nationale Entwicklung ist um Generationen zurückgegangen. (Sehr wahr!) Mit Phantasien wird die Frage nicht entschieden, ob man auf Reichseisenbahnen besser fährt, als auf anderen. (Heiterkeit.) Man sucht leider durch solche allgemeine Redewendungen den eigentlichen Kern der Frage dem kritischen Auge zu verbüllen. Dem Kaufmann ist der natürliche Tarif, den er in die Wettentasche stecken kann, der beste; mit dem Meilenziger berechnet er sich, was es auf der Reichseisenbahn kosten wird, die Waren sind immer pünktlich zur Stelle und die Lieferfristen werden streng eingehalten. Und nun erst der Gutsbesitzer, namentlich wenn er Agrarier ist! Große Heiterkeit). Graf Udo zu Stolberg hat dem Reich die große Aufgabe gestellt, daß es Ungleichheiten der Bodenbeschaffenheit, ja sogar Ungleichheiten des Klimas durch Reichseisenbahnen ausgleicht. (Große Heiterkeit.) Vor jedem Kirchthum hält nach der Phantasie dieser Herren ein Eisenbahnhund; es wird ihnen zu den Annehmlichkeiten des Landlebens alles zu Theil, was sonst nur in den Zentralstädten für Handel und Gewerbe zu finden ist. Für den Personentransport sind natürlich billige Tarife, überall durchgehende Züge, sehr wenige besetzte Coups, reichlich erwärmt und beleuchtet. Und man wird in der höchsten Weise behandelt. Jeder ist Reichswähler, und wenn wirklich etwas passiert, so mag der Himmel noch so hoch sein; der Reichskanzler ist nicht weit; der Reichswähler telegraphiert sofort an den Reichskanzler, der Knoten ist durchschnitten, alles ist in der schönsten Ordnung. (Heiterkeit.) So kann man es in der Reichseisenbahnhantase fortreiben, wenn man nicht, wie es mir unlängst passierte, plötzlich in den Bahnhof in Hannover einfährt, unanfangs geweckt wird und einem einer Zeitung verkauft wird, die eben das neueste Rekript des Handelsministers Achenbach wegen Aufhebung oder Einschränkung der Retourbillets bringt. (Hört! Hört!) Mit Phantasien wird die Frage nicht gelöst, auch nicht mit Analogien auf Gebiete, die mit dieser Sache nichts gemein haben. Man sagt, das Verkehrssehen ist Sache des Reichs. Nun, die Freizüglichkeit wird auch durch Reichsgesetz geordnet; aber Niemand schließt daraus, daß das Reich die Armenpflege übernehmen solle. Das beliebteste Beispiel ist der Zoll. Man sagt, eine neue Ära der Zollvereinpolitik, die Preußen, Deutschland groß gemacht hat, soll inauguriert werden; die Eisenbahnpolitik ist die konsequente Fortsetzung. Ich behaupte aber, diese Eisenbahnpolitik ist das schmierigste Gegenthell der Zollvereinpolitik. Die Zollvereinpolitik, die Deutschland mit so viel Glück handhabte, stellte es sich zur Aufgabe, im Innern Deutschlands alle staatlichen Schranken, alle Magna Charta wegzu schaffen, wodurch der Staat die freie Entwicklung der Industrie, die Konkurrenz der einzelnen Produktionsgebiete zu bewirken glaubte. Die Zölle wurden aufgehoben, selbst im Verkehr mit dem Auslande hielt man sie nur als Übergang. Nur in so weit wollte man Zölle aufrecht erhalten, als der fiskalische Zweck die Besteuerung nötig macht. Die Freunde der Vorlage würden es uns sehr verübeln, wenn wir derselben einen fiskalischen Zweck zuschreiben wollten. Der ganze Zweck ist aber im Gegenthell der, an Stelle der freien naturgemäßen Entwicklung des Konkurrenzverkehrs einheitliche Normen von reichsweiten zu setzen, nach denen sich die Produktions- und Konsumtionsverhältnisse in Deutschland zu richten haben, soweit sie überhaupt durch Eisenbahnen vermittelt werden. Wer sachlich den Gegensatz zwischen Zollvereinpolitik und Eisenbahnpolitik nicht fasst, für den sollte es doch ein äußeres Merkzeichen sein, daß diejenigen beiden Männer, aus deren persönlicher Initiative die meisten Neiformen hervorgegangen sind, deren wir uns auf wirtschaftlichem Gebiet erfreuen, an der Initiative zu diesem Projekt keinen Anteil haben. Die Unterschrift des einen dieser beiden fehlt unter dem Entwurf. Der andere ist gestern aus dem Staatsdienst ausgetreten. (Hört! Hört!) Es geziert sich nicht über die Gründe, die dazu Veranlassung gegeben haben, hier Mutmaßungen aufzustellen. Er ist ausgeschieden zu allgemeiner Überraschung in Deutschland und die Überraschung ist, wenn ich von den Schützöllern, Agrariern und dem engeren Zirkel der Freunde und Gönner von Wagener absche, keine; omnino ist es jedenfalls, daß in dem Augenblick, wo hier angeblich eine neue deutsche Zollvereinpolitik, eine neue deutsche Finanzepoche inauguriert werden soll, gerade derjenige Mann dem ersten Bismarck den Rücken gekehrt hat, von dem man, er mag politischer Freund oder Gegner sein, anerkennen muß, daß er seit Jahrzehnten mit Übereinkunftsstreit, mit einer Sachkenntnis, die nicht erkannt werden kann, mit Glück die Fahne der nationalen Zollvereinpolitik hochgehalten hat, wie sie den besten Traditionen des preußischen Staats, den Anschauungen des altbewährten preußischen Beamtenthums entsprochen hat. (Beifall.) M. H., Sie können mir vorwerfen, daß ich über vieles gesprochen

habe, was den Kern nicht berührt; aber die Art, wie das Eisenbahnprojekt in der öffentlichen Meinung bisher behandelt worden ist, macht es nötig, diese Oberfläche zu durchdringen, um zu dem Kern zu gelangen, die die eigentlich sachliche Entscheidung geben muß. Ich will nun in Kürze die beiden Punkte, die den eigentlichen Kern der Eisenbahnfrage bilden, berühren. Die Frage ist eine verschiedene: Ist es vortheilhaft, die Anlage sämtlicher Eisenbahnen in eine Hand zu vereinigen? Ist es vortheilhaft, den Betrieb aller Bahnen in eine Hand zu geben? Manche sind der Meinung, daß es vortheilhaft sei, die Anlage zu zentralisieren, während sie den Betrieb nicht zentralisieren wollen. Wir selbst sind dafür, daß dem Reiche eine größere Einwirkung auf die Anlage des Eisenbahnwesens gegeben werde. In den bisherigen Gesetzentwürfen ist dem Reich in Bezug auf das Konzessionswesen ein viel zu geringer Einfluß eingeräumt. Im Auftrage meiner Freunde erkläre ich ausdrücklich, daß wir in Bezug auf die einheitliche Regelung des Konzessionswesens in jeder Weise der Regierung entgegenkommen werden. Davon verschieden ist aber doch, ob die Anlage, die Verdichtung des Bahnnetzes ganz und gar auf die Leitung der Reichszentralstelle zurückgeführt wird. Man macht dafür die planlose Art geltend, wie sich das deutsche Eisenbahnnetz entwickelt hat. Der Präsident v. Scheele hob in den Motiven des Reichseisenbahngezettelwurfs die Vorzüge des deutschen Bahnnetzes im Gegensatz zu dem zentralisierten französischen hervor, da durch das deutsche System, wenn auch mit erheblichen Opfern, dennoch Gegenenden der Industrie erschlossen wurden, welche sonst derelict entzogen geblieben waren. Auch sei das deutsche System ebenso dem reinen Privatbahnenystem wie dem reinen Staatsbahnenystem vorzuziehen. So der Präsident des Reichseisenbahnamtes. Es ist ganz richtig, man soll die Nachtheite der sogenannten kurfürstlichen Linien nicht zu sehr übertreiben. Der preußische Staat hat die Ostbahn gebaut, unbekümmert um irgend welche Nachtheile, hätte man die gerade Linie für absolut nothwendig erachtet, so wäre die Bahn erst einige Jahre später entstanden. Ebenso die kurfürstliche Linie nach Hannover über Bielefeld und Lüneburg. Jetzt ist sie todgelegt, sie hat aber so reichliche Ueberschüsse gehabt, daß das Kapital zum Theil amortisiert ist. Man kann nicht für alle Ewigkeit große Eisenbahnpläne machen, die Verhältnisse sind in fortwährender Wandlung. Nun sagt man: Ja, aber diese Vergedung wirtschaftlichen Kapitals! Es wird sogar in einer uns zugegangenen Broschüre: "Tariferhöhung oder Reichseisenbahnen" behauptet, die ganze Tariferhöhung sei mit Nothwendigkeit auf diese Konkurrenzbahnen gefolgt. Ein Fachmann, sogar ein Reichseisenbahnsachmann soll diese Broschüre geschrieben haben. Ich möchte wünschen daß Kollege Rasse ihm in seinen Vorlesungen die Grundbegriffe der Volkswirtschaft, die Lehre vom Preise, etwas klar mache. Vielleicht giebt sich auch das reichsstädtische Amt diese Mühe. Jede neue Konkurrenz erzwingt niedrige Tarife; wenn Sie das leugnen, leugnen Sie alle Volkswirtschaft, alle Erfahrung auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Gewiß ist volkswirtschaftliches Kapital in dieser Richtung vergeudet, aber mir ist es lieber, daß es auf den Bau deutscher Bahnen, als wie früher für rumänische und amerikanische Bahnen, vergeudet wird. (Zustimmung.) Sich gegen Konkurrenzbahnen erklären, heißt sich überhaupt gegen die Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete erklären. Ich möchte die Freunde der Vorlage bitten, doch einmal konsequent durchzudenken, wie weit sie noch von den Sozialdemokraten entfernt sind. Wenn an einer Station zwei Gasthäuser entstehen, wo ein großer Gasthof billiger betrieben werden könnte, so hat das darin seinen Grund, daß der Besitzer des einen Gasthauses nicht das nötige Kapital und den nötigen Unternehmungsgeist hat, um seinen Gasthof zweckentsprechend zu vergrößern. Die Konkurrenz ist eben das einzige Mittel, vor Kapitalmangel zu schützen. Sie ist am Platze, wo der einzelne Besitzer nicht genug Kapital in den Industriezweig stecken will. Während man heute auf die Konkurrenzbahnen schaut, wurden sie 1867 erhebt; wurde die norddeutsche Bundesverfassung begründet, weil sie zuerst den Passus des Gesetzes von 1828 aufhob, der auf 30 Jahre Parallelbahnen verbot. Und fragen Sie doch einmal in Rheinland und Westfalen, wie viel man dort von den drei großen Linien, die sich in einander verschlingen, mischen möchte. Heben Sie diese Konkurrenz auf, so stützen Sie die ganze Kapitalverfügung auf eine einzige Stelle, abgesehen davon, daß es zweckhaft ist, daß diese das erforderliche Kapital für alle künftigen Bahnen wird aufzubringen können. Die hauptsächlichsten Klagen gegen das Eisenbahnwesen hatten ihren Grund in der Verschiebung der Produktionsverhältnisse nach dem Kriege, welcher die Eisenbahnen nicht sofort folgen konnten. Wo lagte man aber am meisten über ungenügende Kapitalsanlagen? In Bezug auf die preußischen Staatsbahnen? Warum war aber hier der Mangel an Mitteln am stärksten? Weil bei Staatsbahnen Faktoren mitspielen, die mit den Eisenbahninteressen gar nichts gemein haben. Wir haben im Reichstag gehört, daß der Kriegsminister für Kaserne noch 18 Mill. M. braucht. Glauben Sie nicht, daß wenn diese Forderung erhoben wird, und anderweitige Kreditbedürfnisse des Reiches damit in Konkurrenz treten, man sagen wird, daß es doch nothwendiger sei, die Truppen erst unter eigenes Dach und Fach zu bringen, als die Bahnhöfe etwas komfortabler und bequemer einzurichten? — Man richtet bei der Entwicklung des Eisenbahnwesens jetzt die Blöße vorzugsweise auf den durchgehenden Verkehr. Ich glaube die nächste Periode der Entwicklung hat wesentlich einen anderen Zweck, sie wird dahin gehen müssen, den Lokalverkehr, der bis jetzt zum Schaden des Grundbesitzes in Kurz gekommen ist, weiter auszubauen. Für die Pflege dieses Lokalverkehrs ist das Reich ohne Zweifel viel weniger geeignet als der Einzelstaat. Der Betrieb Seitens des Reiches kann die durch die lokalen Bedürfnisse vorgezeichneten Verschiedenheiten unmöglich in dem wünschenswerten Maße berücksichtigen, man wird im Reiche viel weniger geneigt sein, Lokalbahnen zu unterstützen; man wird vielmehr Jeden in seine eigene Tasche greifen lassen, als — um einen Ausdruck des Herrn Stephan zu gebrauchen — das große Reichssatz anzapfen. Gerade in dem zu großen Umfang des preußischen Eisenbahngebietes liegt die Erklärung, daß wir in der Entwicklung des Lokalverkehrs so sehr hinter Sachsen und Württemberg zurückgeblieben sind. Man behauptet, der Betrieb der Bahnen werde durch Zentralisation billiger, das beweise die Postverwaltung. Ich möchte wissen, was die Post beweisen würde, wenn nicht die Eisenbahnen für sie Alles unentgeltlich fahren müßten. (Sehr wahr!) Auch eine Parallele zwischen der Tarifeinheit im Zollverein und der Tarifeinheit im Eisenbahnwesen ist durchaus unzutreffend. Der Tarif im Zollverein normiert eine aus fiskalischen Gründen erhobene Leistung, die der Staat ohne jede Gegenleistung erhebt. Der Eisenbahntarif dagegen bestimmt die Höhe von Leistungen, für welche der Staat durch die Transporte Gegenleistungen gewährt. Der Eisenbahntarif hängt also wesentlich nicht allein von den Herstellungskosten der Bahnen, sondern auch von der Transportmenge, die auf diesen Bahnen befördert wird, ab und die Bedingungen dieser Beförderung sind für die verschiedenen Waren im Reiche sehr verschieden. Die Eisenbahntarife sind also nicht ein Gegenstand willkürlicher Festsetzung, sondern natürliche Produkte wirtschaftlicher Verhältnisse, und man täuscht sich, wenn man glaubt, man könnte von Reichsweiten Tarifeinheit herstellen. Die guten Leute aus dem Handelsstande, welche Tarifeinheit forderten, glaubten, daß damit Alles billiger werden müßte, als aber nun die praktische Probe auf das Erempl gemacht werden sollte und sich herausstellte, daß man, um zur Einheit zu gelangen, nicht bloß Tariffäße ermäßigen kann, sondern auch erhöhen muß, so sahen sie ein, daß diese Erhöhung in vielen Fällen mehr schadete, als die Ermäßigung anderer Tariffäße nützt. Die Tarifeinheit ist nicht das Ideal der Zukunft, sondern sie ist eine unvollkommene Form des Anfangs der Eisenbahnentwicklung gewesen. — Nun sagt man: wir brauchen einheitliche Normen auf den Eisenbahnen. Aber, meine Herren, das Bestehe nach einheitlichen Normen haben die Eisenbahnen von jeher gehabt, und wenn wir im Reiche ein einheitliches Bahnbetriebs- und Bahnpolizei-Reglement angenommen haben, so ist das wesentlich von dem Reglement kopiert, welches die Eisenbahnen vorher freiwillig unter sich vereinbart hatten. Allerdings wird die Durchführung einheitlicher Normen erleichtert, wenn eine Zentralstelle darüber entscheidet; aber ist es denn unter allen Umständen richtig, eine solche Einheit herzuführen? Bei der Verschiedenheit der Bedürfnisse des lokalen Verkehrs wirkt eine zu weit gehende Fusion der Bahnlinien oft schädlich und vertheutet den Verkehr auf den Nebenlinien, wie die Erfahrungen in England beweisen. Man hat auf die große Zahl der Direktoren hingewiesen, die unter der Herrschaft des Reiches erspart werden könnten; aber die Verathung des Staats der Staatsbahnen, bei der jährlich immer neue Stellen gefordert werden, beweist die Unrichtigkeit dieser Annahme. Nach meiner Berechnung würden wir bei einer Ausdehnung des Musters der preuß. Bahnen aufs Reich nicht weniger als 420, und nach dem Zahlenverhältnis bei den Thür.-Württembr. Bahnen 350 Reichseisenbahndirektoren erhalten. Hierzu kommt, daß je umfangreicher der Komplex ist, desto größer die Zahl der Beamten bei der Zentralverwaltung sein muß. Ob die Reichseisenbahndirektoren weniger kosten würden, als die Direktoren der Privatbahnen, will ich dahin gestellt sein fallen, jedenfalls sind sie weniger selbstständig als diese, und wenn die Motive betonen, daß die Entwicklung des Eisenbahnverkehrs eine verantwortliche und selbstständige Stellung der Eisenbahnbeamten beanspruche, so glaubt man fast, ein Schaf habe diese Motive verfaßt, um die Vorlage zu richten. (Heiterkeit). Die ganze Frage spürt sich dahin zu: welcher Komplex von Eisenbahnen ist derjenige, der noch mit Vortheil einheitlich verwaltet werden kann. Nun sagt man uns, wir wollen ja auch eine Dezentralisation, wir werden den Direktoren sachkundige Nähe an die Seite setzen. Entweder werden diese Nähe völlig bedeutungslos sein, wie die Nähe der Provinzialkomtoirs des Reichsbahn, oder es entwickelt sich unter ihnen ein Liniennationalismus, der gerade für die einheitlichen Interessen des Reiches außerordentlich gefährlich wirken muß. Dezentralisation ist eine leere Phrase, wo Sie nicht die finanzielle Verantwortlichkeit dezentralisieren, wie Sie es ja auch bei der Übertragung der Landstrassen an die Provinzen gethan haben. Das Staatsbahnenystem ist in den Mittelstaaten deshalb mehr ausgebildet als in den großen Staaten, weil die Verwaltungsschwierigkeiten mit dem Komplex der Bahn progreßiv wachsen. Es ist also die Frage, wie groß der Komplex sein darf, den man ohne Schwierigkeit einheitlich verwaltet können; die Ansicht geht dahin, daß dies eine Länge von 1500 Kilometer sei, welche die Württembergischen und sächsischen Bahnen haben. Das Ministerium hat ja rechts der Oder einen Komplex von Staatsbahnen in der Hand, an dem es sein System recht illustrieren kann. Mag es nur dort die Landesheile möglichst glücklich machen; bis jetzt klagen aber unsere Landsleute im Osten ebenso sehr über ihre Staatsbahnen als die im Westen über die Privatbahnen. Die ganze Frage spürt sich schließlich dahin zu, ob es möglich ist, einen Eisenbahn-Bismarck, wenn ich mich so ausdrücken darf (Heiterkeit) zu finden der eine so gewaltige Persönlichkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens ist, wie der Reichskanzler auf dem Gebiete der äußeren Politik. Bis jetzt habe ich einen solchen Mann noch nicht kennen gelernt; finden Sie ihn aber, dann stellen Sie das ganze deutsche Eisenbahnwesen auf zwei Augen. Bricht an dem großen Triebrade etwas, oder reißen die Übertragungen, dann ist der Schaden viel größer als er früher war. Es ist auch Gefahr vorhanden, daß aus solchen Eisenbahnen ein Eisenbahnkapitán werde (Heiterkeit), den der Reichstag vor dem Glauhen an seine Unfehlbarkeit zu bewahren hat (Heiterkeit). Die parlamentarische Kontrolle in Eisenbahngesellschaften ist nicht mehr wert als die der Altonäre in der Generalversammlung (Heiterkeit). Wir haben keinen Einfluß auf die Festsetzung der Tarife, wir haben nicht auch nur eine Position im Eisenbahnetat die Billigung verlangen können. Es ist uns nicht einmal gelungen, die verfassungsmäßige Einstellung aller Ausgaben und Einnahmen aus den Eisenbahnen in den Etat durchzusetzen. Dagegen werden auf verantwortliche Reichsminister nichts helfen. Der Reichskanzler hat zwar in dieser Richtung schon mehrere Male geführt, und der Gedanke wurde von den Abgeordneten Westen und Lasker freudig begrüßt. Wir haben jedoch gefunden, daß das nur eine veränderte Bureaueintheilung sein wird, denn, wenn die Ministerverantwortlichkeit nicht illusorisch sein soll, dann muß der betreffende Minister auch sein Report verantworten können und Sie müssen einen Reichstag haben, der die Macht hat, den Minister zur Verantwortung zu ziehen. (Sehr wahr!) Dieser Reichstag geht aber verloren mit den Reichseisenbahnen. (Hört! Hört! links). Glauben Sie doch nicht, daß die Freiheit einer staatlichen Entwicklung allein von den Formen der Verfassung abhängt, sie hängt in gleichem Maße von dem Inhalt der Staatsgewalt ab, und wenn Sie die freieste Verfassungsform geben und die Grenzen der Staatsgewalt gehen über ein gewisses Maß hinaus, so kann trotz jener Form ein Scheinkonstitutionalismus und Absolutismus daraus werden. (Sehr richtig!) Ich habe immer den Eindruck gehabt, wenn wir über Staatsbahnen verhandeln, als ob wir eigentlich dem Handelsminister mehr verantwortlich wären, als dem Handelsminister uns (Heiterkeit), und als wenn der Handelsminister uns Bahnen bewilligt, anstatt, daß wir sie ihm bewilligen. Das liegt daran, daß wir mit unserer parlamentarischen Existenz in unsern Wahlkreisen wurzeln; und es ist den Leuten auch gar nicht zu verargen, daß sie auf ihre Eisenbahnen mehr Rücksicht nehmen, als auf die allgemeinen politischen. Glauben Sie nun wirklich, wenn in dieser Weise die Herrschaft über die ganze materielle Wohlfahrt in die Hand einer Reichsverwaltung gelegt ist, ein Reichstag noch möglich ist, der in sich die Kraft besitzt, eine Verantwortlichkeit zur Wahrheit zu machen? Die Eisenbahn macht der Regierung übertragen sich auf die anderen politischen Gebiete, und das Budget des Reichstages ist nur hohler Schein. (Sehr wahr! links). Sie können unmöglich ein Eisenbahneinnahmebudget von 800 Millionen Mark kritisieren, ob dasselbe um ein paar Dutzend Millionen zu hoch oder zu niedrig bemessen ist, denn wir stehen schon jetzt in der Budget-Kommission keiner Etatübersichtung so ohnmächtig gegenüber, wie im Eisenbahnetat. Ein Reichstag gegenübr, einem Reichseisenbahnrat hat kein Anliehenbewilligungsrecht mehr. Wo Reichseisenbahnen sind, ist beständig dermaßen ein Kreditbedürfnis vorhanden zum Ausbau zur Ausrichtung der Bahnen, daß der Minister immer Anleihen in der Hand haben muß, und daß er unter allen Umständen, wenn er anders will, nicht an die Billigung des Reichstags gebunden ist. Noch 1866 rührte sich ein Regierungskommissar hier einmal, man habe zwei Kriege geführt, ohne eine Anleihe aufzunehmen. Worin standte das Geheimnis, warum hatte man damals das heidennäckig viele Geld? Es waren Eisenbahn-Anleihen, aus denen vorwiegend diese Sachen bestritten wurden, die es zum wesentlichen Theil möglich machten. Die Rechte des Reichstags sind durchaus beschränkt, aber wir haben in den Matrikulärbeiträgen bis zu einem gewissen Grade eine Einwirkung auf die Billigung der Einnahmen; durch das Reichseisenbahn-Projekt wird das Verhältnis umgedreht; die Einzelstaaten werden Pensionäre des Reiches für die Rente, die ihnen als Entschädigung gegeben wird, und die Matrikulärbeiträge kommen nur noch in der Gestalt von Aufrechnungen zur Erscheinung. Mit einem Reichseisenbahnprojekt wird der Einfluß des Reichstages tatsächlich auf das Billigungsrecht zu Geisen herabgedrückt. Nun kann aber eine Regierung auf neue Gesetze viel eher warten, als ein Volk. Wenn man darauf befrüchtet ist, ist man ohnmächtig. Wenn einmal organische Gesetze gegeben sind für ein staatliches Gebilde, wie es im Reich jetzt nahezu der Fall ist, so hat die Regierung mit neuen Gesetzen selten Eile. Ja, wenn Mr. Minister Camphausen im Reiche an der Spitze stände, wäre die Sache schon anders. (Heiterkeit). Der selbe hat uns im Reichstage gefragt, daß, wenn die Mehrheit des Reiches anderer Ansicht sei, wie der Minister in der Gesetzgebung, der Minister weichen müsse, um dadurch die Harmonie wiederherzustellen. (Hört! Hört!) Es hat aber nur wenige Tage gedauert, da wurde dieselbe Ansicht von dem Herrn Reichskanzler, war unter der Adresse des Herrn Abg. Haniel, als republikanisch bezeichnet. (Heiterkeit). Diese Zeit, wo das Reichseisenbahnprojekt entstand, fällt zusammen mit den Verhandlungen über die Strafzollverein. Der Reichskanzler sagte damals, er könne warten, noch die Kinder und Enkel dieses Reichstags würde diese Modelle beschäftigen. Solche Anschaunungen machen die Sache wesentlich ernster, der Abg. Haniel bezeichnete sie mit Recht als einen schweren und durch nichts gerechtfertigten Angriff auf die Grundlagen unserer Verfassung, auf die Grundätze, die alle liberalen Parteien seit 20 Jahren unverkündigt vor Augen gehabt haben. Ist eine solche Zeit, wo wir jeden Augenblick dem Reichskanzler gegenüber „Gewehr bei Fuß“ stehen müssen, geeig-

net, wenn Sie sich nicht die allergrößten Vortheile von dieser Maßregel versprechen, sie auch nur für zweifelhaft halten, ihr zuzustimmen? W. H. Der erste vereinigte Landtag in Preußen 1847 verweigerte die Mittel zum Bau der Ostbahn, einer unzweifelhaften Wohlthat, um nicht sein Geldbewilligungrecht in Frage stellen zu lassen. Sollen wir hinter ihm in der Erkenntnis der politischen Situation zurückstehen oder in der Entschlossenheit ihn zu begegnen? Schon einmal ist man auf mögliche Bechränkung der konstitutionellen Rechte aus gegangen: bei Aufrichtung des norddeutschen Bundes, schon damals spielte die Eisenbahnfrage eine Rolle, und man suchte den Werth der Verfassung, der freiheitlichen Rechte herabzusezen zu Ungunsten der großen Vortheile, die die norddeutsche Reichsverfassung in ihren Abschüssen über das Eisenbahnwesen bietet. Sie wurden damals bis in den Himmel erhoben, die man heute als gänzlich wertlos behandelt. (Hört, hört!) Da war es, wo der Abg. Wagener rief: „Wo man sonst Menschenrechte sucht, da begegnen wir dem Transporte von Kohlen und Hülfensfrüchten. Wir sind endlich erlost von der Banne der Theorie und Phrasse.“ Die Zeiten haben nach mancher Richtung etwas Ähnliches und mahnen uns zur Vorsicht. Das deutsche Reich hat nicht, wie Preußen, eine ange stammte Dynastie, die Klammer sind hier bedeutungsvoller, die das Ansehen der Volksvertretung in der öffentlichen Meinung gewährt, wenn man im Reichstage landesmännisch auseinander geht, was es bei der Frage, wie weit die einzelne Landesgesetzgebung bei der Reichsgesetzgebung zu berücksichtigen sei. Hat nun die Reichsgesetzgebung eine gewisse Grundlage gewonnen, so wird auch diese landesmännische Gruppierung aufhören, und man soll sich doch hütten, nun in die neuen Staats-Gebiete Eisenbahnfragen hineinzuschieben, die nur zu sehr geeignet sind, die einzelnen Gruppen im Bundesrat, im Reichstage auseinander zu ziehen. Das ist viel gefährlicher in einem Bundesstaat, als in einem Einheitsstaat, wo hinter der landesmännischen Gruppe die betreffende Regierung steht. Wir müssen gestehen, daß diese Eisenbahnfrage, so jung sie ist, in ihrer Geschichte auf die nationalen Verhältnisse in Deutschland, auf das einheitliche Band, schon überaus schädlich gewirkt hat. (Sehr richtig!) In diesem Augenblick ist eine Trennung von Nord- und Süddeutschland in den einzelnen Staaten vorhanden, wie sie seit dem Jahre 1866 nicht bestanden hat. (Sehr wahr!) Die deutschen Regierungen befanden sich mit ihren betreffenden Rentenfonds in einer Weise gegenseitig, die ich nicht für angemessen halten kann für Regierungen, die denselben Bundesstaat angehören. Die national-liberale Partei macht ja an sich selbst die Erfahrung. Sie, die sich berufen fühlen, besonders den einigen nationalen Gedanken zu stützen und zu tragen, können sie leugnen, daß sie jetzt gegenüber dieser Frage schon in Landesmännenschaften auseinander gefallen sind? (Sehr wahr!) Dass man von einer überwiegenden Mehrheit preußischer Nationalliberalen sprechen kann, die sich für die Vorlage entscheidet und von einer überwiegenden Mehrheit sächsischer und württembergischer Nationalliberalen, die sich dagegen entscheidet? Wen sie es nicht glauben, so werden sie es bald von ihren Kollegen selber hören. (Sehr richtig!) Konnte man ungünstiger vom national-liberalen Standpunkt diese Frage aufwerfen, als daß man sie zuerst vor den preußischen Landtag brachte? (Sehr richtig!) Am 8. Januar bereits forderte der Reichsfanzer das preußische Ministerium auf, zu dieser Frage in der Weise Stellung zu nehmen, daß dieselbe vor den Landtag gebracht werden sollte. Damals war der Reichstag noch beisammen. Warum haben Sie (nach dem Regierungstisch gewandt) den Reichstag nicht gefragt? Wenn Sie einer Vollmacht bedürfen, Eisenbahnen zu verkaufen, so bedürfen Sie auch einer Vollmacht, um sie zu kaufen. Wenn der Reichstag Ihnen die Vollmacht gegeben hätte, so brauchten wir gar nicht über die Erteilung der Vollmacht zu diskutieren; denn wir sind gewohnt, daß der Reichstag an Opfern von Preußen verlangt, ohne Diskussion, so sehr wir auch im Reichstage über diese Frage auseinander gehen mögen, hier als selbstverständlich zuzugehen. (Sehr wahr!) Die Wohlfahrt von Preußen und Deutschland ist so mit einander verbunden, daß, wo Deutschland gesprochen hat, Preußen nicht mehr dissentiren kann. (Sehr richtig!) Aber man soll nicht Preußen gegen Deutschland in Marsch bringen. (Hört! hört!) Der Reichsfanzer soll nicht das preußische Abgeordnetenhaus zum Sturm gegen den deutschen Reichstag aufrufen. (Hört! hört!) Das ist es, warum es sich hier handelt. (Beifall links. Zischen rechts. Wiederholter Beifall.) In Sachsen hat man allerdings dasselbe gethan; aber erst, nachdem man wußte, daß die Frage nicht zuerst an den Reichstag, sondern an den preußischen Landtag gebracht werden sollte. Wir sind der vornehmste Staat in Deutschland; der preußische Landtag ist die zunächst mit dem Reichstage konkurrierende Volksvertretung, und das Allgefährlichste ist, wenn der preußische Landtag und der Reichstag mit einander in Konkurrenz gesetzt werden. (Sehr wahr!) Dadurch wird das Aufsehen beider in Frage gestellt. Haben wir bisher einen einzigen Präzedenzfall dafür gehabt? Wir haben zwar hier auch deutsche Fragen behandelt, als es noch keinen deutschen Reichstag gab; da war es der Beruf des preußischen Landtages vorzugeben in deutschen Fragen; später aber haben wir dies nur gethan, nachdem der Reichstag sich entschieden hatte. Über die Frage der Kompetenzausdehnung für die bürgerliche Gesetzgebung haben wir beispielweise hier verhandelt, um den Reichstag zu stützen, um die Agitation zu parieren, die das Herrenhaus unter dem Grafen Lippe gegen den Beschluss verfügte, um die Regierung zu ermuntern, dem Wunsche des Reichstags zu folgen. Wir haben aber bis jetzt noch niemals deutsche Fragen hier entschieden, wo die Stellung des Reichstages eine zweifelhafte, ja wahrscheinlich eine von der Stellung des preußischen Abgeordnetenhauses verschiedene ist. Es ist meiner Überzeugung nach noch auf lange Zeit nötig, daß dasselbe leitende Staatsmann dem Abgeordnetenhaus wie dem Reichstage gegenüberstehe; die Personalunion ist nothwendig. Diese wird aber gefährlich, wenn ein Präzedenzfall dafür geschaffen wird, daß man das preußische Abgeordnetenhaus balancirt gegen den Reichstag und umgekehrt. Wir könnten diese Frage nicht hier nach speziell preußischem Interesse entscheiden und im Reichstage nach deutschem, sondern das letztere ist für uns auch hier maßgebend. Wir sind deshalb mit unseren politischen Freunden aus dem Reichstage in Verhandlung getreten und vermeiden dem Reichsfanzer übereinstimmend die Vollmacht, über den Verkauf der preußischen Staatsbahnen mit dem Reich in Verhandlung zu treten. Wir sind uns der Verantwortlichkeit in dieser Verantwortlichkeit in dieser Frage wohl bewußt. Es ist hier nicht leicht, in der Opposition zu bleiben, weiß, daß die Majorität doch anders entscheidet, sondern nemnicht alle Vermutungen täuschen, so haben wir die Entscheidung dieser Frage als politische Partei im deutschen Reichstage mehr in der Hand als jemals. Wir geben diese Entscheidung ab, auch wenn sich hier die Majorität anders entscheidet. Auch ein minder guter Rechner, als der Reichsfanzer ist, wird sich nicht verhehlen können, wenn er die starke Minorität dieses Hauses ins Auge faßt und die ausgesprochene Majorität in anderen Landtagen hinzurechnet, daß er das Vertrauen des deutschen Reichstages in dieser Frage nicht besitzt. Man kann auch hier nicht für die Vorlage votieren mit der Argumentation, daß man hier dem Reichsfanzer zu Gefallen leben kann, im Reichstag es aber ablehnen werde, so daß es ein Schuß in die Luft ist. Dieser Schuß kann aber Entzitterungen hervorrufen, die ich im nationalen Interesse Deutschlands bedauere. Ich bringe nicht gern auswärtige Frage mit inneren, für die kommenden Generationen wichtigen in Verbindung. Wenn aber irgendwo am auswärtigen Horizont etwas nicht vollständig wolfeilos ist, so glaube ich, sollte man am wenigsten in diesem Augenblick zu den großen zerstörenden Fragen, die wir in Deutschland leider schon haben, noch eine solche Frage bringen zwischen den deutschen Staaten. (Sehr richtig!) Ich weiß nicht, ob der Herr Reichsfanzer diese Eisenbahnfrage auch für die Söhne und Enkel nächster Legislaturperioden so zu reserviren gedenkt, aber ich möchte doch auf eins aufmerksam machen: ob eine Strafgesetzesnovelle entschieden bleibt, hat materiell keine große Bedeutung, ob aber eine solche Eisenbahnfrage lange unentschieden bleibt, das hat materiell sehr große Nachtheile (Sehr richtig!) Meine Herren, mir ist schon in der vorigen Woche am Niederrhein versichert worden,

dass diese Eisenbahnfrage zu allen Katastrophen der Eisenindustrie, unter denen sie naturngemäß leidet, noch die hinzugetragen hat, daß so lange die Frage schwiegt, erst recht mit den allernothwendigsten Neubestellungen und Ergänzungen des Materials zurückgehalten wird. Als Vertreter eines hochindustriellen Kreises fühle ich mich verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen. Ich bin derjenige, der hier und im Reichstag die Regierung energisch vertreten hat, wenn ihr vorgeworfen wurde, sie sei an den gegenwärtigen wirtschaftlichen Katastrophen schuld. Ich habe die Behauptung entschieden vertreten, diese wirtschaftlichen Katastrophen resultieren nicht aus gesetzelerischen Akten, nicht aus Maßregeln der Verwaltung, sie sind die Folge großer politischer Ereignisse, die in ihrem Gefolge eine allgemeine Verschiebung der Produktions- und Konsumtionsverhältnisse und auch eine Verdichtung in den Vorstellungen der Menschen von den Werthen hatten. Aber dagegen muß ich denn doch protestieren, daß wenn die Verhältnisse jetzt ganz leise anfangen, sich zurechtziehen, nun wieder eine solche, in ihrem Umfang sich nach Milliarden belaufende Frage in die deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse hineingeschoben wird, daß über Werthe von solchem Umfang eine Unsicherheit der Zukunft auf lange Zeit hinzustehen. Alle diese Nachtheile werden um so tiefschreitender sein, je länger der Kampf um die Eisenbahnfrage dauern wird. Der Herr Reichsfanzer wird schon heute entnehmen, daß, wenn er überbaut zum Ziele gelangt, es nicht ohne die schwierigsten Kämpfe sein wird, und ich sage, daß, was in der Übergangszeit dieser Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens geschadet wird, ist schlimmer, als was die Reichseisenbahnen, wenn sie wirklich von Vortheil sind, jemals wieder gut machen. Darum, meine Herren, im Interesse einer soliden Entwicklung und Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, im Namen unserer einheitlichen und politischen Interessen, im Namen derjenigen Interessen, die uns mit der Mehrheit des Hauses, ja mit dem Herrn Reichsfanzer selbst gemeint sind, fordern wir Sie auf, die Vorlage abzulehnen. (Lebh. Beifall und Zischen.)

(Schluß folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Posen 27 April.

r. Der frühere Subdirektor der Besta, der hiesiger Kaufmann Moritz Chaskel, welcher bekanntlich vor einiger Zeit von der Generaldirektion seiner Stellung entzogen worden war, ist gestern Abends auf Requisition der Staatsanwaltschaft verhaftet worden; auch sind bei dieser Gelegenheit seine Bücher und der Kassenbestand der Subdirektion der Besta mit Beschlag belegt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Bien, 26. April. Die von verschiedenen Seiten gebrachte Meldung, wonach die russische Regierung in Vorschlag gebracht haben sollte, die Herzegowina und Bosnien als autonome Tributarstaaten zu konstituieren, wird in hiesigen Regierungskreisen als unbegründet bezeichnet.

Rouen, 25. April. Das hiesige Théâtre des arts ist heute von einer Feuersbrunst verheert worden, die auch noch mehrere der angrenzenden Gebäude verzehrte und in Folge welcher mehrere Personen das Leben eingebüßt oder schwere Verlegungen davongetragen haben.

Konstantinopel, 26. April. Die hervorragendsten Finanztablissements haben ihre Zustimmung zu der Bildung einer Steuer-Pachtgesellschaft und der Unifikation der Staatschuld gegeben.

Bukarest, 26. April. Die außerordentliche Session der Kammer wird morgen durch den Ministerpräsidenten Floresco im Namen des Fürsten eröffnet werden.

Kairo, 26. April. Wie aus Massuah hierher gemeldet wird, haben die ägyptischen Truppen in Abessynien den Rückmarsch nach Egypten angetreten. Dieselben werden demnächst eingeschifft werden.

Bien, 26. April. Die ungarischen Minister berichteten dem Kaiser heute über den Erfolg der ersten Parteibesprechung, hierauf wurde Graf Andrássy zum Kaiser bestimmt, die Konferenz werde morgen fortgesetzt.

Rouen, 26. April. Bei dem Theaterbrande sind acht Personen tot geblieben, dreißig wurden verletzt.

Madrid, 26. April. Die Cortes genehmigten die drei ersten Artikel der Konstitution. Der Prinz von Wales reist Sonntag nach Lissabon.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 153. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 26. April. Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

1 24 43 (600) 51 94 137 (300) 66 206 22 (600) 50 (3000) 51 57 88 (600) 342 46 (300) 54 430 91 (300) 506 47 63 91 606 8 (300) 82 730 815 32 (300) 57 70 916 34 (300) 78 1010 32 68 (300) 128 43 49 (1500) 257 312 16 22 93 445 77 515 677 (300) 90 745 65 93 857 911 (3000) 77. 2030 62 98 101 320 27 535 40 701 894 929 (600) 40 60 77 3029 44 (300) 84 142 74 96 126 52 64 81 87 340 56 511 (3000) 74 626 35 88 703 41 855 919 80 (1500) 83 4073 297 344 91 (600) 413 49 510 19 667 93 718 76 911 98 (300) 5014 80 89 173 350 85 97 483 605 11 18 23 77 87 906. 6011 24 25 (300) 32 112 21 71 263 71 321 (300) 36 546 66 601 (300) 710 17 49 829. 7006 43 90 116 17 227 42 71 84 300 474 599 609 66 77 85 744 52 68 888 90 996 8026 54 (1500) 136 54 67 206 39 94 348 62 73 (1500) 410 20 500 655 (600) 65 66 51 758 891 948. 9025 65 82 121 34 48 57 206 327 63 65 91 96 416 551 67 82 612 47 805 54 59 904 33 53 71. 10110 (600) 64 79 202 27 92 301 25 54 74 412 86 93 619 23 (3000) 68 (1500) 89 731 55 83 81 923 42 68 70. 11002 41 61 136 56 59 241 57 75 339 40 64 96 407 620 (300) 65 81 762 94 848 63 97 903 53. 12026 (300) 38 134 35 283 389 (1500) 90 416 69 93 522 47 59 65 72 83 95 719 950 61 65 60 (600) 13020 99 161 93 97 218 77 96 302 23 91 406 17 34 39 58 70 91 574 674 710 818 98 929 96. 14013 108 11 205 (300) 6 36 300 5 33 75 408 66 528 72 608 11 707 866 (600) 915 94 (1500). 15001 24 85 158 (1500) 87 313 36 509 93 604 11 20 (600) 40 715 18 28 55 816 59 904 8 88 89 99 (300). 16015 44 103 (1500) 70 214 15 49 360 (600) 408 26 96 506 94 606 (300) 769 890 902 23 61. 17146 69 207 8 36 67 330 97 (300) 408 41 571 93 (15000) 634 (600) 771 (300) 849 78 (300). 18077 (300) 174 236 81 86 332 72 (1500) 538 63 648 68 753 90 873. 19011 (3000) 14 46 (3000) 49 151 230 58 64 86 321 37 4 41 78 87 435 99 546 (300) 88 618 40 749 71 843 921 30 50.

20020 55 99 127 36 231 342 59 (600) 513 27 65 852. 21012 34 (3000) 58 150 51 53 61 84 251 (600) 83 309 52 451 (1500) 75 528 47 (300) 65 657 (300) 722 49 53 84. 22026 (600) 39 111 (600) 26 (600) 52 78 201 10 376 404 9 49 67 71 78 79 581 627 703 (300) 803 10 47 59 938 80. 23104 (300) 80 362 84 680 81 827 40 74 948 81. 24008 (200) 31 132 82 454 543 (300) 82 629 51 59 68 738 50 809 43 (600) 45 89 99 988. 25001 57 75 93

119 34 35 78 85 90 (6000) 239 56 70 328 94 95 400 (1500) 12 521 93 602 22 712 (300) 32 37 80 90 899 960 (300) 65 67 89. 26076 1500 141 55 268 94 305 8 65 (600) 87 430 69 528 37 67 652 79 703 98 834 43 47 988 90. 27021 121 57 214 542 600 71 81 722 (600) 69 837 76 913048 (75000) 28145 (300) 50 242 43 61 84 306 43 53 57 67 454 69 92 520 25 32 44 651 (1500) 726 (300) 81 814 47 74 972. 29062 118 233 383 400 22 52 640 70 98 823 79 986. 30011 (600) 58 100 (600) 68 82 214 (1500) 17 (300) 21 32 38 50 (1500) 61 69 72 84 330 (300) 411 98 548 679 731 36 (3000) 854 85 906 71 (300) 85. 31017 47 63 (300) 214 73 389 422 46 64 517 6 90 99 193 34 59. 32005 59 128 50 208 91 387 411 25 27 524 65 629 33 71 (300) 825 75 923. 33031 41 83 110 203 332 70 462 523 46 (600) 93 (300) 631 33 46 710 (1500) 11 860 61 (300) 957. 34005 (3000) 86 138 97 (300) 99 244 99 352 540 49 59 663 (600) 789 (300) 810 46 70 966 (300). 35192 257 350 95 498 (1500) 606 55 81 700 28 90 904 70 84. 36013 26 39 52 63 160 (300) 70 93 (600) 222 57 71 315 62 407 61 97 (600) 521 82 639 35 92 747 (600) 890 43 (300) 79 909 49. 37003 139 54 98 301 463 411 513 16 661 713 861 70 90 95 96 962. 38073 88 93 112 (300) 48 67 204 (600) 446 59 92 571 94 613 765 834 947 56. 39096 325 68 433 34 38 48 528 79 620 74 (600) 82 (300) 85 89 704 (1500) 5 56 60 83 825 918 79 97. 40002 8 14 (300) 72 136 95 223 (300) 59 342 48 90 401 30 74 86 521 96 99 671

Produkten-Börse.

Berlin. 26. April. Wind: W. Barometer: 28.2. Thermometer: +13° R. Witterung: wolzig.
Weizen loko per 1000 Kilogr. 180—220 nach Dual. gef. gelber per diesen Monat —, April—Mai 200,50 201,50 M. b., Mai—Juni do., Juni—Juli 203,50 204,50 M. b., Juli—August 207—207,50 M. b., Sept.—Oktbr. 209,50 M. b., — Roggen loko per 1000 Kilogr. 147—165 nach Dual. gef. russ. 146—150, polnisch 151—152, inländ. 160—165 ab Bahn b., per diesen Monat —, Frühjahr 148—148,50 M. b., Mai—Juni 146,50—147 146,50 M. b., Juni—Juli 146,50—146 M. b., Juli—August 146,50 M. b., Sept.—Okt. 149—149,50 M. b., — Gerste loko per 1000 Kilogr. 141—180 nach Dual. gef. Hafer loko per 1000 Kilogr. 150—190 nach Dual. gef. oft u. meist 166—180, russ. 150—180, schwed. 183—186, pomm. u. meist 183—187 ab Bahn b., per diesen Monat —, Frühjahr 170—171—170,50 M. b., Mai—Juni 166 G. J. 164,50 M. b., Juli—August 160,50—161 M. b., — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochware 178—210 nach Dual. Futterware 170—177 nach Dual. — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Fäss 58 M. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Fäss —, mit Fäss —, per diesen Monat 61,2—61,3 M. b., April—Mai do., Sept.—Okt. 62,8 bis 63 M. b., Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fäss loko 29 M. b., per diesen Monat 26 M. b., Sept.—Oktbr. 24,9 M. b., — Spiritus per 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fäss 44 M. b., per diesen Monat —, loko mit Fäss —, per diesen Monat 44,6—44,8 M. b., April—Mai do., Mai—Juni do., Juni—Juli 45,5—45,8 M. b., Juli—August 46,6—46,9 M. b., Aug.—Sept. 47,6—47,9 M. b., Sept.—Okt. 48—48,3 M. b., — Mehl Nr. 0 27,50—26,50, Nr. 0 u. 1 25,50—24 M. Roggenmehl Nr. 0 23,50—22, Nr. 0 u. 1 21,25—19,75 per 100 Kilogr. Brutto

Berlin. 26. April. Die auswärtigen Börsen hatten schon gestern festere Haltung gesetzt, deren Stütze vorzüglich das große Dedungsbefürchtung des Wiener Platzes bildete. Kreditaktien hatten daselbst einen Deport bis zu 15 Gulden bedungen. Auch hier entwickelte sich vorzugsweise auf dem vorhandenen Decouvert eine Erholung, welche sich sofort in verhältnismäßig hohen Coursen der Spekulationspapiere geltend machte. Kreditaktien fielen 5, Franzosen etwa 3 M. über dem gestrigen Schlusse ein, und auch die österreichischen Renten und Loope stießen sich sofort wesentlich höher. Das Prolongationsgeschäft hatte eine etwas größere Ausdehnung als an den letzten Tagen. Doch verhinderte es die Spekulation, neue Engagements einzugehen, da man sich von der Haltung des nächsten Monats kein bestimmtes Bild zu machen. Die politischen Beunruhigungen sind allerdings augenblicklich in den Hintergrund getreten, doch dauert auf allen Gebieten die frühere

Fonds- u. Aktien-Börse. Pomm. III. 12. 100 5 100,50 M. b.

Berlin, den 26 April 1876.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	104,75 M. b.
Staats-Anleihe	4	99,50 M. b.
Staats-Schildch.	3½	93,00 G.
Kur. u. Nm. Sch.	3½	00,00 M. b.
Ob.-Deichh.-Obl.	4½	101,50 M. b.
Berl. Stadt-Obl.	4½	102,40 M. b.
do.	do.	93,00 M. b.
Gsl. Stadt-Ant.	4½	101,50 M. b.
Rheinprovinz do.	4½	101,50 M. b.
Schles.-B. Kfm.	5	100,30 G.
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,60 M. b. G.
do.	5	107,25 M. b.
Kands. Central	4	94,90 M. b.
Kur. u. Neumärk.	3½	85,50 G.
do. neue	3½	84,60 G.
do.	4	95,00 M. b.
do. neue	4½	103,75 M. b.
N. Brandbg. Gred.	4	95,00 M. b.
Ostpreußische	3½	86,30 M. b.
do.	4	95,75 M. b. G.
do.	4½	102,00 M. b.
Pommersche	3½	84,40 M. b.
do.	4	95,10 M. b. B.
do.	4½	102,50 M. b.
Vosensche, neue	4	94,70 M. b. B.
Sächsische	4	96,50 M. b. B.
Schlesische	3½	84,50 G.
do. alte A. u. C.	4	95,40 M. b. G.
do. A. u. C.	4	100,90 M. b. G.
Westpr. ritterisch.	3½	84,50 G.
do.	4	95,40 M. b. G.
do.	4½	106,10 M. b. G.
do. II. Serie	5	96,25 G.
do.	4	100,80 M. b.
Rentenbriefe:		
Kur. u. Neumärk.	4	98,00 M. b.
Pommersche	4	97,50 M. b.
Vosensche	4	96,60 M. b.
Preußische	4	96,90 M. b.
Rhein. u. Westfäl.	4	98,25 G.
Sächsische	4	98,60 M. b.
Schlesische	4	97,00 M. b. G.
Souvereingens		
Napoleonsbör.		
do. 500 Gr.		
Fremde Banknot.		
do. einl. b. Leipzig.		
Französ. Banknot.		
Desterr. Banknot.		
do. Silbergulden		
do. ½ Stuks		
Russ. Noten		

Ausländische Fonds.		
Amerik. rifz. 1881	6	104,40 M. b.
do. do. 1885	6	99,60 M. b. B.
do. Bds. (fund.)	5	102,10 M. b. G.
Norweg. Anl.	4½	97,00 M. b.
New-Yrk. Std.-A	7	102,00 M. b.
do. Goldanl	6	101,30 M. b.
New Jersey	5	93,00 M. b. B.
Deit. Pap. Rente	4½	53,75 M. b.
do. Sib. Rente	4½	56,50 M. b. G.
do. 250 fl. 1854	5	91,00 M. b.
do. Gr. 100 fl. 1858	5	—301,00 M. b. G.
do. Lott.-A. v. 1860	5	92,50 M. b.
do. do. v. 1864	—246,20 M. b.	
do. do. 1864	5	102,00 M. b.
Ung. St.-Eisb.-A.	5	65,75 M. b. G.
do. do. 1865	5	102,00 M. b.
do. do. 1866	5	102,00 M. b.
do. do. 1867	5	102,00 M. b.
do. do. 1873	5	96,00 M. b.
do. Bod. Credit	5	85,25 G.
do. Pr. v. 1864	5	165,00 M. b. G.
do. do. v. 1866	5	162,00 M. b.
do. 5. A. Stieg	5	82,00 M. b. G.
do. 6. do. 5	5	93,00 M. b.
do. Pol. Sch.-D.	4	84,10 M. b.
do. do. kleine	4	83,20 M. b.
Poln. Pfd. III. G.	4	82,20 M. b.
do. do. 5	5	76,75 M. b.
do. do. 6	5	77,00 M. b.
do. do. 7	5	77,00 M. b.
do. do. 8	5	77,00 M. b.
Russ. Centr. Bod.	5	87,75 M. b.
do. Engl. A. 1822	5	94,00 M. b.
Russ. Engl. Anl.	3	95,90 M. b.
Russ. fund. A. 1870	5	100,50 M. b.
Russ. conf. A. 1871	5	96,00 M. b.
do. 1872	5	96,00 M. b.
do. 1873	5	96,00 M. b.
do. Bod. Credit	5	85,25 G.
do. Pr. v. 1864	5	165,00 M. b. G.
do. do. v. 1866	5	162,00 M. b.
do. 5. A. Stieg	5	82,00 M. b. G.
do. 6. do. 5	5	93,00 M. b.
do. Pol. Sch.-D.	4	84,10 M. b.
do. do. kleine	4	83,20 M. b.
Poln. Pfd. III. G.	4	82,20 M. b.
do. do. 5	5	76,75 M. b.
do. do. 6	5	77,00 M. b.
do. do. 7	5	77,00 M. b.
do. do. 8	5	77,00 M. b.
Russ. Centr. Bod.	5	87,75 M. b.
do. Engl. A. 1822	5	94,00 M. b.
Russ. Engl. Anl.	3	95,90 M. b.
Russ. fund. A. 1870	5	100,50 M. b.
Russ. conf. A. 1871	5	96,00 M. b.
do. 1872	5	96,00 M. b.
do. 1873	5	96,00 M. b.
do. Bod. Credit	5	85,25 G.
do. Pr. v. 1864	5	165,00 M. b. G.
do. do. v. 1866	5	162,00 M. b.
do. 5. A. Stieg	5	82,00 M. b. G.
do. 6. do. 5	5	93,00 M. b.
do. Pol. Sch.-D.	4	84,10 M. b.
do. do. kleine	4	83,20 M. b.
Poln. Pfd. III. G.	4	82,20 M. b.
do. do. 5	5	76,75 M. b.
do. do. 6	5	77,00 M. b.
do. do. 7	5	77,00 M. b.
do. do. 8	5	77,00 M. b.
Russ. Centr. Bod.	5	87,75 M. b.
do. Engl. A. 1822	5	94,00 M. b.
Russ. Engl. Anl.	3	95,90 M. b.
Russ. fund. A. 1870	5	100,50 M. b.
Russ. conf. A. 1871	5	96,00 M. b.
do. 1872	5	96,00 M. b.
do. 1873	5	96,00 M. b.
do. Bod. Credit	5	85,25 G.
do. Pr. v. 1864	5	165,00 M. b. G.
do. do. v. 1866	5	162,00 M. b.
do. 5. A. Stieg	5	82,00 M. b. G.
do. 6. do. 5	5	93,00 M. b.
do. Pol. Sch.-D.	4	84,10 M. b.
do. do. kleine	4	83,20 M. b.
Poln. Pfd. III. G.	4	82,20 M. b.
do. do. 5	5	76,75 M. b.
do. do. 6	5	77,00 M. b.
do. do. 7	5	77,00 M. b.
do. do. 8	5	77,00 M. b.
Russ. Centr. Bod.	5	87,75 M. b.
do. Engl. A. 1822	5	94,00 M. b.
Russ. Engl. Anl.	3	95,90 M. b.
Russ. fund. A. 1870	5	100,50 M. b.
Russ. conf. A. 1871	5	96,00 M. b.
do. 1872	5	96,00 M. b.
do. 1873	5	96,00 M. b.
do. Bod. Credit	5	85,25 G.
do. Pr. v. 1864	5	165,00 M. b. G.
do. do. v. 1866	5	162,00 M. b.
do. 5. A. Stieg	5	82,00 M. b. G.
do. 6. do. 5	5	93,00 M. b.
do. Pol. Sch.-D.	4	84,10 M. b.
do. do. kleine	4	83,20 M. b.
Poln. Pfd. III. G.	4	82,20 M. b.
do. do. 5	5	76,75 M. b.
do. do. 6	5	77,00 M. b.
do. do. 7	5	77,00 M. b.
do. do. 8	5	77,00 M. b.
Russ. Centr. Bod.	5	87,75 M. b.
do. Engl. A. 1822	5	94,00 M. b.
Russ. Engl. Anl.	3	95,90 M. b.
Russ. fund. A. 1870	5	100,50 M. b.
Russ. conf. A. 1871	5	96,00 M. b.
do. 187		